

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.2 - 65. Jahrgang

31. Januar 2015

Die Zukunft der Metropolen im Blick

Unter Vorsitz des Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß hat sich am Wochenende das Forum Metropolenpolitik der Bundes-SPD konstituiert. Ihm gehören Mitglieder aus Landes- und Stadtregierungen, MandatsträgerInnen aus Bundestag und Landtagen sowie ExpertInnen aus den Bereichen Kommunalpolitik, Wohnungsbau, Stadtsoziologie und Stadtforschung an.

Gemeinsam wurden erste Schwerpunkte und Ziele der Kommission festgelegt. „Für die Kernstädte der deutschen Metropolregionen gibt es kein Passepartout, das für alle gilt und auch nicht eine Antwort auf die vielen Herausforderungen vor denen Großstädte in Deutschland stehen“, so Jan Stöß. „Die einen müssen den Wohnungsmangel angehen, die anderen Leerstand bewältigen, steigende Flüchtlingszahlen betreffen alle ebenso wie zumeist klamme Stadtkassen. Die SPD versteht sich seit ihrer Gründung als Großstadtpartei. Als solche denken wir voraus und stoßen Debatten an.“



Zu den Fragestellungen, mit denen sich das Forum befassen wird, zählen die Stärkung der solidarischen Stadtgesellschaft, Maßnahmen gegen steigende Mieten, die frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Großprojekten, die Herausforderungen des demografischen Wandels, die sozial gerechte energetische Erneuerung des Wohnbestands und das Zusammendenken von Stadt und Region insbesondere bei der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung.

Bis zum ordentlichen Bundesparteitag der SPD im Dezember 2015 will das Forum erste Ergebnisse vorlegen, die weiter diskutiert werden sollen. **PM** □

Fraktionsklausur:

Herausforderung Integration

Saleh: Neue Brücken über alte Gräben bauen

Das Thema Integration stand im Mittelpunkt der diesjährigen Klausurtagung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die Abgeordneten sprachen sich u.a. für die vollständige Gebührenfreiheit für Kitas, den bedarfsgerechten Ausbau der Brennpunktschulen, den Abschluss eines Staatsvertrags mit islamischen Verbänden und eine Veränderung der Ausländerbehörde aus.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh bezeichnete Integration in seiner Eröffnungsrede als „die zentrale Herausforderung unserer Zeit“. Saleh: „Wir machen soziale Politik für alle. Jede und jeder soll in dieser Gesellschaft eine ganz reale Chance haben, erfolgreich zu sein. Deshalb kämpfen wir für alle. Gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsferne. Das hilft Migrantinnen und Migranten in besonderem Maße, denn von diesen Problemen sind sie besonders oft betroffen. Wir bauen Brücken für den sozialen Aufstieg. Das ist gelebte Integrationspolitik.“

Die SPD-Fraktion, die als Gastredner u.a. den Journalisten Heribert Prantl, die Wis-



Gastredner Prof. Dr. Heribert Prantl, Jurist und Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, im Gespräch mit Raed Saleh.

Foto: SPD-Fraktion

senschaftlerin Dr. Naika Foroutan und den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags Dr. Eric Schweitzer, geladen hatte, verabschiedete ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und zur Integration. Unbillige Härten im Aufenthaltsrecht sollen beseitigt werden.

weiter S. 4

„Humanitäre Hilfe zulassen“

Ute Finckh-Krämer: Menschen in der Ostukraine unterstützen

Die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ute Finckh-Krämer hat in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an die Vertreter des russischen und ukrainischen Parlaments appelliert, die humanitäre Hilfe für die Menschen in den Bürgerkriegsgebieten der Ostukraine zu stärken.

„Dort brauchen wir humanitäre Hilfe, wie sie von internationalen Organisationen nach den vier Prinzipien der humanitären Hilfe erbracht wird: Neutralität, Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Menschlichkeit“, erklärte Ute Finckh-Krämer. „Ich appelliere an die Vertreter sowohl des russischen als auch des ukrainischen Parlaments, sich dafür einzusetzen,

dass eine solche Hilfe für die Menschen im Donbass geleistet werden kann.“ Beide Seiten, oft durch Verwandtschaft verbunden,

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER STIMME ERSCHEINT NACH DEN WINTERFERIEN AM 21. FEBRUAR 2015.

IHRE REDAKTION

müssten wieder Verständnis füreinander entwickeln. „Sich klar zu machen, was jeweils die Position der anderen Seite ist, heißt für viele Menschen auch, sich klarzumachen, was die Position ihrer Schwestern, Brüder, Eltern, Neffen, Nichten oder anderen Verwandten im anderen Land ist.“ **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Effektive Strafverfolgung

Europäische Steuergelder wirksam schützen

500 Millionen Euro. Auf diese Summe schätzt die Europäische Kommission den jährlichen Schaden zulasten des EU-Haushaltes, der durch Betrugsfälle in den Mitgliedstaaten entsteht. Der tatsächliche Betrag dürfte noch einmal deutlich höher liegen, Schätzungen gehen sogar von bis zu 3 Milliarden Euro aus. Ganz offensichtlich gibt es ein Defizit bei der Strafverfolgung dieser Straftaten durch nationale Behörden.

Vor dem Hintergrund dieses immensen Schadens wurde bereits im Vertrag von Lissabon die Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft vorgesehen. Denn für eine wirksame Bekämpfung von Straftaten gegen die finanziellen Interessen der EU, die häufig auch grenzüberschreitend stattfinden, bedarf es auch EU-weiter Instrumente, um diese zu verfolgen.

DIE VERHANDLUNGEN IM RAT UND PARLAMENT LAUFEN

Im Jahr 2013 legte die Kommission einen ersten Entwurf für die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft vor. Seitdem laufen die Verhandlungen im Rat über die genaue Ausgestaltung. Das Europäische Parlament hat hier ein gewichtiges Wort mitzureden. Ohne seine Zustimmung kann die Europäische Staatsanwaltschaft letztlich nicht geschaffen werden.

Bereits Anfang 2014 hat es einen ersten Zwischenbericht vorgelegt. Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, in dem ich mitarbeite, verfolgt die Debatten im Rat sehr intensiv und ist dabei, erneut seine Kernforderungen zu den laufenden Ratsverhandlungen zu bekräftigen.

Das Europäische Parlament steht der Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft grundsätzlich positiv gegenüber. Sie ist ein wichtiger Schritt auf dem



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europaabgeordnete. Foto: Europäische Union

Weg hin zu einem wirksamen Schutz der finanziellen Interessen der EU und für die Stärkung des gemeinsamen europäischen Rechtsraums.

Einen Freifahrtschein erhält der Rat, der das Projekt einstimmig entscheiden muss, jedoch nicht. Für uns Sozialdemokraten müssen folgende zentrale Punkte berücksichtigt werden: Die Europäische Staatsanwaltschaft muss unabhängig von jeglicher Einflussnahme von Mitgliedstaaten und EU-Organen arbeiten können. Da sie in Zukunft die alleinige Kompetenz für die Bekämpfung von Straftaten zu Lasten des EU-Haushaltes haben soll, legen wir Wert auf effiziente Strukturen. Und, last but not least, muss allen Personen, gegen die die Europäische Staatsanwaltschaft ermittelt und die sie anklagt, ein hoher Standard an Verfahrensrechten garantiert werden. Dies beinhaltet unter anderem das Recht auf einen Rechtsbeistand, auf Prozesskostenhilfe oder auf Verdolmetschung.

In diesem Sinne werden wir weiterhin Einfluss auf die Verhandlungen der 28 EU-Justizminister nehmen, denn dies liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Sylvia Yvonne Kaufmann □

POLITIK PERSÖNLICH

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, ist vom Senat für die restliche Dauer der 17. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses zum Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin bestellt worden.

Birgit Monteiro, bislang Lichtenberger SPD-Abgeordnete, ist am 22. Januar auf Vorschlag der Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur neuen Bezirksbürgermeisterin gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Andreas Geisel an, der im vergangenen Monat zum Senator für Stadtentwicklung berufen wurde. Birgit Monteiro wurde 1969 in Strausberg geboren und ist Mutter von zwei Kindern. In Lichtenberg ist sie vor allem als ehemalige Geschäftsführerin des Nachbarschaftlichen Interessenverbundes Kiezspinne FAS e.V. bekannt, den sie in ihrer 10-jährigen Tätigkeit maßgeblich geprägt hat. Der Fraktionsvorsitzende Erik Gührs: „Die Zählgemeinschaft hat sich für die verbleibende Wahlperiode ehrgeizige Ziele gesteckt.“ Als wichtigste Punkte nannte er die Aufstellung eines ausgeglichenen Doppelhaushaltes, eine Willkommenskultur für Flüchtlinge, die Schaffung sozialen Wohnraumes und das Thema Inklusion. **Dr. Gregor Költzsch** rückt für Birgit Monteiro in das Abgeordnetenhaus von Berlin nach (siehe S. 7).

Cansel Kiziltepe und Swen Schulz, Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete, haben zusammen mit 16 anderen Abgeordneten verschiedener Fraktionen einen gemeinsamen Aufruf gegen Pegida initiiert.

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Berliner Finanzsenator, soll auf Vorschlag des Senats in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bestellt werden. Er soll in dieser Funktion seinem Amtsvorgänger Dr. Ulrich Nußbaum folgen. Das Vorschlagsrecht für den Amtszeitraum von 2013 bis 2015 liegt bei Berlin, die Bestellung erfolgt durch den Bundesrat. **BS □**

„Deutliches Signal an Ungarn“

Anhörung zu Menschenrechten im EU-Parlament

Einschränkung der Pressefreiheit, Ausgrenzung von Roma-Kindern in Schulen oder Kriminalisierung von Nichtregierungsorganisationen – die Liste besorgniserregender Entwicklungen in Ungarn, die ungarische Vertreter aus Zivilgesellschaft und Medien sowie Menschenrechtsexperten des Europarats während einer Anhörung im Innenausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel jetzt aufgezählt haben, ist lang.

„Die Anhörung diente dazu, der ungarischen Zivilbevölkerung eine Stimme hier im Parlament zu geben. Gleichzeitig senden wir ein deutliches Signal an die Regierung in Ungarn, dass wir nicht nachlassen, die gravierenden Missstände im Land zu benennen sowie die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten zum Handeln aufzufordern“, so die Berliner SPD-Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied im Innenausschuss des Europäischen Parlaments. **PM □**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Olympia-Bewerbung:

Berlin will die Spiele - mit Reformkonzept

Dennis Buchner gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen zu Berlins Bewerbung

„Wir wollen die Spiele“ ist momentan an vielen Stellen im Berliner Stadtbild zu lesen. Berlin hat die Werbung für eine Olympiabewerbung verstärkt. Aber: Bis Mitte Februar ist noch viel zu tun, denn der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) macht seine Entscheidung vor allem von einer Telefonumfrage abhängig, die Ende Februar in Berlin und Hamburg durchgeführt wird. Für die Berliner Stimme gibt Dennis Buchner Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Wie ist das Verfahren?

Mitte 2017 vergibt das Internationale Olympische Komitee (IOC) die Olympischen und Paralympischen Spiele für 2024. Das IOC hat großes Interesse daran, wieder mehr klassische westliche Demokratien als Ausrichter zu gewinnen. Mit einer Reformagenda und deutlichen Veränderungen an die Organisation der Spiele steht eine Abkehr vom Gigantismus vergangener Jahrzehnte an. Es gilt als relativ sicher, dass die Spiele 2024 und 2028 nach Mitteleuropa und in die USA gehen. Die Reihenfolge ist unklar. Der DOSB hat bereits klar gestellt, dass er sich ggf. auch für die Spiele 2028 bewerben will.

Wie sieht das Berliner Konzept aus?

Berlin hat sein Interesse an der Ausrichtung mit einem Reformkonzept bekundet. Die Olympischen und Paralympischen Spiele müssen sich demnach an die Stadt anpassen. Im Wesentlichen sollen bereits vorhandene Sportstätten genutzt werden, nicht nur in Berlin, sondern im ganzen ostdeutschen Raum. So sollen u.a. die Segelreviere um Rostock und Warnemünde, die Wildwasseranlagen in Nordsachsen, Ruderstrecken in Brandenburg und Fußballstadion in Sachsen-Anhalt mit genutzt werden.

Was hat der Berliner Sport davon?

Für Olympische und Paralympische Spiele müssen rund 25 Wettkampfstätten zur Verfügung gestellt werden. Von denen sind viele, wie das Olympiastadion, die Max-Schmeling-Halle, das Velodrom oder die heutige O2-Arena schon vorhanden. Auch die Messehallen können zur Ausrichtung genutzt werden. Einige Anlagen (Reiten, Beachvolleyball) würde man sicher temporär in der Innenstadt anlegen.

Neben den Wettkampfstätten braucht man aber auch mindestens 50 Trainingsstätten für die Mannschaften. Hier kommt der Breitensport ins Spiel: Eine Olympia-Ausrichtung würde die Sanierung zahlreicher bezirklicher Sportanlagen bedeuten,



Dennis Buchner ist Landesgeschäftsführer der Berliner SPD und sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Foto: BS

quasi ein „sportliches Konjunkturprogramm“. Die Ausrichtung der Paralympics macht es notwendig, massiv auch in die Barrierefreiheit in Berlin zu investieren.

Die Spiele schaffen aber auch Nachfrage, vor allem im Kinder- und Jugendsport und wecken Interesse an Sportarten, die sonst nicht so im Blickfeld stehen.

Was hat Berlin davon?

Vor allem jede Menge Werbung. Das Bewerbungsverfahren dauert sieben Jahre, die Stadt bleibt international im Gespräch. Jeweils rund zwei Wochen Olympia und Paralympics bringen Milliarden Zuschauer vor die TV-Geräte - und damit direkt nach Berlin. München und Barcelona profitieren bei ihren Besucherzahlen bis heute von der Ausrichtung der Olympischen Spiele.

Was kosten Olympische und Paralympische Spiele?

Die reine Durchführung der beiden Wettbewerbe kostet nach bisherigen Erfahrungen rund zwei Milliarden Euro. Der Großteil wird durch einen Zuschuss des IOC (ca. 1,5 Mrd. Dollar) finanziert, weitere Einnahmen werden durch Kartenverkäufe und Sponsoring erzielt. Es gibt kein Beispiel für Verluste bei der Ausrichtung.

Hinzu kommen die Investitionskosten, die stark davon abhängen, was in den jeweiligen Ausrichterstädten getan werden muss, etwa im Neubau von Sportstätten, beim Bau von Hotels und des olympischen und paralympischen Dorfs oder bei der Verkehrsanbindung.

Berlin hat heute schon die nötigen Hotelkapazitäten und ein ausgebautes Nahverkehrssystem. Geplant wird mit rund 2 Milliarden Euro Investitionen in die Sportinfrastruktur.

Hinzu kommt der Bau des Olympischen Dorfs. Diese Wohnungen stehen hinterher den Berlinerinnen und Berlinern zur

Verfügung. Das Abgeordnetenhaus hat beschlossen, dass der Bau in Verantwortung der städtischen Gesellschaften und von Genossenschaften organisiert werden soll.

Im internationalen Bewerbungsverfahren werden voraussichtlich Kosten zwischen 30 und 50 Millionen Euro anfallen.

Wer zahlt?

Neben den Zuschüssen des IOC wird der Bund die deutsche Olympiabewerbung unterstützen, in der Regel finanziert der Bund alle Einrichtungen des Spitzensports 50:50. Berlin wird vor allem die Kosten zur Sanierung von Sportanlagen und für den Bau des olympischen Dorfs tragen. Diese sind aber - erst recht über einen Zeitraum von zehn Jahren - finanzierbar.

Wer ist der deutsche Konkurrent?

Deutscher Konkurrent ist die Hansestadt Hamburg. Das Hamburger Konzept unterscheidet sich stark von unserem. Geplant ist der Bau eines olympischen Campus samt eines neuen Olympiastadions, das nach den Spielen in ein kleines Stadion zurückgebaut werden soll.

Wer sind die internationalen Konkurrenten?

Boston hat sich innerhalb der USA durchgesetzt und wird sich bewerben. Aus Europa hat Rom eine Bewerbung angekündigt.

Wie geht es weiter?

Ende Februar führt der DOSB mit einem Meinungsforschungsinstitut repräsentative Telefonumfragen in Hamburg und Berlin durch. Auf der Basis der Ergebnisse bereitet der DOSB im März eine Entscheidung vor, die die Mitgliederversammlung am 21. März beschließt.

Prognosen sind schwierig. Es gilt als sicher, dass vor allem die Spitzenverbände eine deutliche Präferenz für Berlin haben, hinzu kommt, dass der Stadt international erheblich größere Chancen eingeräumt werden. Ergibt die Umfrage eine deutliche Mehrheit für Spiele in Berlin sieht es gut aus.

Wann entscheiden die Berlinerinnen und Berliner?

Wenn der DOSB pro Berlin entscheidet, wird das Konzept in diesem Jahr mit der Stadtgesellschaft weiter entwickelt. Voraussichtlich am 13. September sollen die Berlinerinnen und Berliner in einer rechtlich formal nicht bindenden Befragung abstimmen. Senat und Abgeordnetenhaus werden sich an das Ergebnis halten. Erst wenn es im September eine Mehrheit gibt, wird es eine Berliner Bewerbung geben. Für nachhaltige, transparente und finanziell verantwortliche Spiele in Berlin. □

Neukölln:

Dank an Heinz Buschkowsky

Neuköllns langjähriger Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (66) hat den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) gebeten, ihn zum 1. April aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand zu versetzen.



Heinz Buschkowsky.

Foto: Horb

Müller nannte Buschkowsky einen der „profilieren Köpfe der Berliner SPD und der Bezirkspolitik“. „Insbesondere die Neuköllnerinnen und Neuköllner haben ihn angenommen und gerade auch für seine Markigkeit geliebt. Mit seinem Rückzug aus der Tagespolitik geht ein Stück Berlin verloren. Aber, wie wir ihn kennen, wird er sich auch künftig als streitbarer Politiker mit pointierten Beiträgen immer wieder zu Wort melden.“

„Er war und bleibt ein Mann des klaren Wortes, manchmal hart und auch provozierend“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß in seiner Würdigung. „Neukölln hat er geprägt, maßgeblich voran gebracht und mit zu dem gemacht, was es heute ist. Die Berliner SPD dankt Heinz Buschkowsky herzlich und wünscht ihm, dass er sich gesundheitlich stabilisiert und viel Freude am Ruhestand hat.“



Franziska Giffey.

Foto: Simon

In einer Sonder-sitzung hat der Geschäftsführende Kreisvorstand der Neuköllner SPD am Dienstag entschieden, dem Kreisvorstand am 9. Februar vorzuschlagen, Dr. Franziska Giffey, Neuköllner Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport und SPD-Kreisvorsitzende, als Nachfolgerin von Heinz Buschkowsky für die Kreisdelegiertenversammlung zu nominieren. „Als Neuköllner Schulstadträtin und SPD-Kreisvorsitzende hat sie die Politik des Bezirks ganz wesentlich gestaltet und nach außen repräsentiert“, sagte Stöß. „Sie wird als Bezirksbürgermeisterin sehr schnell eigene, wahrnehmbare Spuren hinterlassen. Dass wir mit ihr eine exzellente dritte Bezirksbürgermeisterin in Berlin stellen werden, freut die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr.“

Fraktionsklausur:

Herausforderung Integration

Saleh: Neue Brücken über alte Gräben bauen

Fortsetzung von Seite 1

Die Berliner SPD-Fraktion, so der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh in seiner Rede auf der Klausurtagung, befasse sich seit Jahren mit den konkreten Fragen der Integration. Als Beispiele nannte er die Arbeit der Stadtteilmütter und der Integrationslotsen, die Brennpunktschulen, die Schaffung zusätzlicher Kitaplätze in Brennpunktkiezen sowie Hilfen für Roma. Saleh verwies zugleich auf die Bußgelder für Schulschwänzer oder die Absenkung des Alters für die Sprachtests der Kita-Kinder. „Wir fördern die Brennpunktschulen, legen aber Wert darauf, dass die Schüler vormittags nicht auf der Straße unterwegs sind. Das meine ich, wenn ich sage: wir brauchen eine hinschauende Integrationspolitik.“ Saleh rief dazu auf, den Begriff Patriotismus nicht den Pegida-Mitläufern zu überlassen.

Die bisherige Ausländerbehörde soll nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion eine „Willkommensbehörde“ werden und als „Landesamt für Einwanderung“ in die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen eingegliedert werden. Saleh: „Ich möchte, dass syrische Flüchtlinge dort Menschlichkeit finden. Ich möchte, dass die ausländischen Mitarbeiter von jungen Start-Up-Unternehmen dort ein offenes, professionelles Deutschland erleben. Ich möchte, dass Leute die hier aufgewachsen sind nicht ihren Aufenthaltstitel verlieren, weil sie im Ausland studiert haben und einen Formfehler gemacht haben.“

Kundgebung:

1. Februar: Aufruf zum „Fest der Vielfalt“

Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme am „Fest der Vielfalt“ am 1. Februar ab 13 Uhr vor dem Brandenburger Tor auf.

„Wir wollen Vielfalt - statt Rassismus und Intoleranz!“ heißt es im Aufruf, den zahlreiche Künstlerinnen und Künstler und VertreterInnen von Berliner Organisationen wie dem Türkischen Bund, dem Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg oder Flüchtlingsorganisationen unterzeichnet haben. „Berlin ist bunt und das soll auch auf Ewig so bleiben! Wir stehen auf! - für eine tolerante, plurale und vielfältige Gesellschaft!“

Geplant ist eine Kundgebung mit Auftritten von MusikerInnen und Poetry-Slammern. **BS □**

➡ Sonntag, 1. Februar, 13 Uhr, Pariser Platz, 10117 Berlin



SPD-Fraktionschef Raed Saleh mit Dr. Naika Foroutan von der Humboldt Universität Berlin. Frau Dr. Foroutan stellte den Abgeordneten in Leipzig die Studie „Deutschland postmigrantisch“ vor mit Daten und Schlussfolgerungen empirischer Migrations- und Integrationsforschung.

Foto: SPD-Fraktion

Stadtteilzentren, Familienzentren und Vereine, die ehrenamtliche Unterstützung für Flüchtlinge organisieren, sollen dafür Gelder erhalten. Mit den islamischen Verbänden will die SPD-Fraktion einen Staatsvertrag abschließen. Insbesondere die Anerkennung von Grund- und Gleichheitsrechten, ein Bekenntnis zur Verfassung unseres säkularen Staates, interreligiöse Toleranz, Gleichberechtigung von Frau und Mann, die Absage an jegliche Gewalt, Förderung des demokratischen Grundverständnisses sowie die Errichtung eines Lehrstuhls für Islamkunde an einer Berliner Universität sollen dabei die zentralen Bestandteile des Dialogprozesses sein. **BS □**

Diskussion:

Zeich(n)en für die Meinungsfreiheit

Das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie lädt am Mittwoch, dem 4. Februar zu einer Diskussionsveranstaltung über die Folgen des Pariser Attentats auf die Meinungs- und Pressefreiheit. Hat Satire Grenzen? Wie kann Selbstzensur verhindert werden? Wie lässt sich Meinungsfreiheit schützen?

Es diskutieren Philipp Heinisch, Karikaturist, Vorstandsvorsitzender des bundesweiten Verbandes Cartoonlobby, Walther Fekl, Publizist, Kurator mehrerer Ausstellungen zu deutscher und französischer Karikatur und Pascal Thibaut, Berliner Korrespondent von Radio France Internationale.

➡ Mittwoch, 4. Februar 2015, 19.30 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin-Wedding. Anmeldungen: www.spd-berlin.de/meinungsfreiheit

Arbeitsmarkt:

Mehr Zöllner auf Kontrolltour

Zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung in Berlin wird das Hauptzollamt Berlin personell aufgestockt. Das hat die Bundesregierung dem Berliner Bundestagsabgeordneten Swen Schulz (SPD) auf Anfrage mitgeteilt.

Nach Angaben von Finanzstaatssekretär Michael Meister hatte der Zoll in Berlin 2014 im Bereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit 239 Dienstposten, von denen 224 besetzt waren. Seit Jahresbeginn stehen dort 315 Dienstposten zur Verfügung, die „über eine verstärkte Zufügung von Nachwuchskräften nach Ablauf der Ausbildung zum 1. August 2015 sowie in den Folgejahren“ priorisiert besetzt werden sollen.

„Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und zur Überwachung des Mindestlohnes“, so Swen Schulz. Schulz ist Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und setzt sich dort für die Verbesserung der personellen Ausstattung des Zolls ein. „Wir werden aber genau schauen müssen“, so Schulz weiter, „ob diese Maßnahmen ausreichen oder ob wir in den kommenden Jahren noch mehr tun müssen. Denn Schwarzarbeit richtet riesigen Schaden an.“

BS □

Steuerbetrug:

Deutliche Zunahme bei Selbstanzeigen

Der Ankauf von Steuer-CDs, das Hoenß-Verfahren und die veränderten gesetzlichen Regelungen zur Selbstanzeige zum 1. Januar 2015 haben im vergangenen Jahr zu zahlreichen weiteren Selbstanzeigen geführt.

Im Jahr 2014 meldeten die Finanzbehörden 1272 Selbstanzeigen von Steuerbetrügerinnen. Das ist etwa ein Viertel mehr als im Jahr davor und eine Vervierfachung gegenüber 2012. Insgesamt flossen seit 2010 aufgrund der Selbstanzeigen rund 196 Millionen Euro in die Landeskasse, davon allein 60 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Hier ist die Bearbeitung der Fälle allerdings noch nicht abgeschlossen, mehr als 50 Selbstanzeigen gingen noch in den letzten Dezembertagen ein.

Seit 1. Januar gilt eine neue verschärfte Regelung bei Selbstanzeigen. Mussten bis dahin für Beträge bis 50.000 Euro nur die geschuldeten Steuern, aber keine Strafen gezahlt werden, liegt die Grenze jetzt bei 25.000 Euro. Je nach Höhe des hinterzogenen Betrags gelten unterschiedlich gestaffelte Strafzahlungen.

BS □

Soziales:

Hilfe für die Helfer

Das THW in Berlin profitiert vom Sanierungsprogramm

Die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu und Swen Schulz haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Technische Hilfswerk (THW) in Berlin vom 2015 startenden Bau- und Sanierungsprogramm des Bundes profitiert. Berlin steht mit den Standorten Neukölln und Spandau auf der Prioritätenliste des THW.

„Mich freut es natürlich besonders, dass das THW in Neukölln von dem Sanierungsprogramm des Bundes profitieren wird“, so Fritz Felgentreu, Neuköllner Mitglied des Bundestages. „Die positiven Entwicklungen im Bereich des Jugendengagements und der gestiegene Anteil von THW-Helferinnen im Ortsverband Neukölln machen Um- oder Ausbaumaßnahmen dringend nötig. Diese können nun im Haushaltsjahr 2015 durch das THW bei der BImA beauftragt werden.“

Glücklich über die Wahl ist sein Spandauer Kollege Swen Schulz, der Mitglied des Haushaltsausschusses ist. „Möglich wird die Baumaßnahme durch ein Sonderbauprogramm für das THW, das der Haushaltsausschuss des Bundestages im November beschlossen hat.“

Ziel des Programmes ist es, zahlreiche der vielerorts maroden THW-Liegenschaften zu sanieren bzw. neu zu bauen. „Konkret wurde das Programm im Zuge der sogenannten Bereinigungssitzung des Bundeshaushalts 2015 auf den Weg gebracht. Dort hatten wir beschlossen, die THW-Mittel für die Anmietung von Unterkünften



Technisches Hilfswerk: Mehr Mittel für die Helfer.
Foto: Horb

und Funktionsbauten für 2015 um 4 Mio. Euro aufzustocken und damit umfangreiche Investitionen in Neubau- und Sanierungsmaßnahmen anzustoßen. Bis 2018 werden zudem sogenannte Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 23 Mio. Euro ausgebracht, die über das laufende Haushaltsjahr hinaus Mittel für das Gesamtprogramm binden“, so Schulz.

Die Arbeit des Technischen Hilfswerkes ist gerade auch in Ballungsräumen wie Berlin von großer Wichtigkeit. Beide Abgeordnete erinnern daher auch daran, dass es auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion bereits 2014 gelungen war, zusätzliche zehn Millionen Euro für das THW zu mobilisieren.

BS □

Reinickendorf:

Strandbad Tegel geschlossen?

Torsten Karge: Bäderbetriebe sollen Lösung finden

Die Planungen der Berliner Bäderbetriebe, das Strandbad Tegel in diesem Jahr geschlossen zu lassen und die ohnehin lange überfälligen Sanierungen weiter zu verschieben, hat der Reinickendorfer SPD-Abgeordnete Thorsten Karge als „eine schlechte Nachricht für Reinickendorf“ bezeichnet.

„Eine kundenfreundliche Unternehmenspolitik sieht anders aus“, kritisierte Karge die Berliner Bäderbetriebe: „Wenn man das Angebot, jedes Jahr weiter zurückfährt, notwendige bauliche Maßnahmen immer wieder verschiebt und dann auch noch für ein Jahr schließt, macht man den Standort systematisch kaputt. Das hat das Strandbad Tegel nicht verdient!“

Thorsten Karge hat deshalb die Sportpolitiker seiner Fraktion gebeten, das Thema

Strandbad Tegel auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Sportausschusses zu setzen. Dort könne dann auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Berliner Bäderbetriebe, Sportsenator Frank Henkel zur Zukunft des Strandbades in Tegel befragt werden, sagte Karge. „Die Nutzer des Strandbades und die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer haben ein Recht auf verlässliche Antworten.“

Karge kritisierte allerdings die von der Reinickendorfer CDU initiierte Online-Petition zur Offenhaltung des Strandbades. „Es stellt sich die Frage, ob die Unterschriftenaktion der CDU nicht vor allem über die Untätigkeit des eigenen politischen Personals hinwegtäuschen soll“, erklärte er und verwies auf die Zuständigkeit von Frank Henkel.

BS □

Genderpolitik:

Die Frauenhasser werden lauter

ASF-Landesvorstand diskutierte Studie zum „Maskulismus“

Als „Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass“ bezeichnet Genderforscher Robert Claus den neu aufkommenden „Maskulismus“. Seine Studie, die er zu diesem Thema im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung verfasst hat, stellte er jetzt vor der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Berlin vor.

Claus beschrieb, dass die Männerbewegung in den 60er Jahren entstand, parallel zum aufkommenden Feminismus. Eine Gruppe von Männern fand sich zusammen, um Feministinnen in ihren Forderungen zu unterstützen. Von dieser Männergruppe spaltete sich jedoch ein Teil ab, um dem Feminismus etwas entgegen zu setzen. Claus beschreibt vier Strömungen der Männerbewegung: die anti-sexistische, die kritische, die mytho-poetische und schließlich die maskulistische Strömung. Diese lehnt die Idee des Feminismus vehement ab und hebt das männliche Selbstbewusstsein hervor. Thematisiert wird vor allem die Unterdrückung von Männern.

Jeder kennt sie, die Aussagen, die auf von Lehrerinnen vermeintlich vernachlässigte Jungen, benachteiligte Väter oder Männer hinweisen, die mal wieder einen Job nicht bekommen haben, weil er an eine Frau ging. Dass diese Aussagen jedoch einem großen männlichen Opferdiskurs entstammen, ist wenigen klar. Claus hat auf einen Widerspruch hingewiesen, der die Doppel-



ASF-Sitzung: Eva Högl, Sabine Röhrbein, Barbara Scheffer. Foto: Budras

moral der Maskulisten deutlich macht: Ungerechtigkeiten gegen Jungen und Männer wird von Maskulisten durchweg als sozialstrukturell wahrgenommen. Erleben dagegen Mädchen und Frauen Benachteiligung, seien diese auf individuelle Faktoren zurückzuführen. Die Frau ist also selbst Schuld. Der Mann, das Opfer. Der Geschlechterdiskurs wird von den Füßen auf den Kopf gestellt und bewusst umgedeutet, um alte patriarchale Strukturen zurück zu gewinnen, damit die Welt wieder in Ordnung ist. Früher war ja eh alles besser.

Der Hass auf Frauen ist unter Maskulisten sehr verbreitet. Frauen werden durch diskriminierende Begriffe abgewertet. Nach Ansicht der Maskulisten haben Frau-

en es im Leben leichter. Sie hätten ein „emotionales Matriarchat“ gegründet, das heißt, dass der gesamte Bereich der Familien- und Reproduktionsarbeit eine reine Frauensphäre sei und Männer dort keinen Platz haben. Das kann und muss man in beide Richtungen diskutieren, gerade wenn Frauen an den Herd gefesselt sind und ihnen andere Lebensbereiche verschlossen bleiben. Es scheint so, als würden die Maskulisten gern Alles haben, bzw. sich gern wieder alles zurück nehmen.

Interessant war für die anwesenden Frauen vor allem der Aspekt, dass Männer häufig in Umbruchphasen, beispielsweise nach Scheidungen und Kämpfen um das Sorgerecht, bei antifeministischen Beratungsstellen auftauchen und dort in ihrem Frauenhass bestärkt werden.

Obwohl die Zahl der Maskulisten nicht besonders groß ist, sind sie sehr auffällig und sichtbar in der Öffentlichkeit. Das liegt vor allem daran, dass sie im digitalen Bereich sehr aktiv sind. Die Kommentarspalten der Leitmedien sind ihr Spielplatz, dort können sie anonym gegen den vermeintlichen Genderwahn hetzen und die nimmersatten Frauen und die männlichen Frauenversther in ihre Schranken weisen.

In der Diskussion haben die Frauen Verbindungen zu den stark männlich geprägten Mitgliedern von AfD und Pegida hergestellt. Gerade für die AfD ist die Abgrenzung vom Feminismus ihr drittes Standbein. Das wird nicht nur dann deutlich, wenn Beatrix von Storch gegen „Genderideologie“ wettet, sondern auch wenn die Junge Alternative junge Frauen Schilder hochhalten lässt, auf denen alles andere als emanzipatorische Aussagen stehen, beispielsweise: „Ich bin keine Feministin, weil mein Mann mein Fels in der Brandung ist“ oder auch „Ich bin keine Feministin, weil ich auch ohne Gender Eier in der Hose habe“. Diese Einstellungen stellen nicht nur Jahrzehnte frauenpolitischer Arbeit in Frage. Es besteht auch die Gefahr, dass aus der Noch-Minderheit eine Bewegung entsteht, die in die Parlamente einzieht und dadurch eine stärkere Stimme erhält. Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, ihre Aussagen zu entlarven und ihre eigentlichen Ziele offen zu legen.

Es lohnt sich, Claus Studie zu lesen, um einen Einblick in die Sichtweise der maskulistischen Männerbewegung zu erhalten. Dafür braucht Frau allerdings starke Nerven.

Susann Budras □

➡ die vollständige Studie im Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10861.pdf>

Treptow-Köpenick:

Pegida statt Politik?

Matthias Schmidt lädt zur Diskussionsveranstaltung

„Pegida statt Politik? Wohin steuert die Gesellschaft?“ Dieser Frage geht der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt auf einer Diskussionsveranstaltung am Sonntag, dem 8. Februar 2015, nach.

Seit einigen Wochen kommen an jedem Montag Menschen zusammen und protestieren gegen „die Islamisierung des Abendlandes“. Zunächst waren es einige Hundert. Mittlerweile sind es tausende Bürgerinnen und Bürger. Es ist eine Bewegung, die Deutschland polarisiert.

Was bewegt die Menschen, die sich montags in Dresden und anderen deutschen Städten versammeln? Was wollen diese Menschen bewegen? Ist Pegida eine Bewegung? Sind neunzehn knappe Forderungen ein Programm? Wut auf Bekanntes gepaart

mit Angst vor Unbekanntem? Macht Pegida Politik? Ist Pegida Politik? Oder ist Pegida das Gegenteil von Politik? Wohin steuert die Gesellschaft?

Diese und weitere Fragen möchte Matthias Schmidt mit seinen Gästen beim Politischen Frühschoppen am 08. Februar 2015 diskutieren. Neben Matthias Schmidt sitzen auf dem Podium Burhan Kesici, Generalsekretär des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Dieter Rucht, Protestforscher am Wissenschaftszentrum Berlin und Olaf Sundermeyer, freischaffender Journalist, u.a. für den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb).

➡ Sonntag, den 08. Februar 2015, Politischer Frühschoppen im historischen Saal der Freiheit 15 (Freiheit 15, 12555 Berlin-Köpenick).

Regionalkonferenz:

Bilanz des ersten Jahres

26. Februar: Diskussion über die große Koalition im Bund

Die SPD lädt ihre Mitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger in Berlin und Brandenburg am 26. Februar zu einer Regionalkonferenz ins Willy-Brandt-Haus. Nach einem Jahr großer Koalition auf Bundesebene soll eine erste Bilanz gezogen werden.

Die SPD hat viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht: den Mindestlohn, die abschlagsfreie Rente mit 63, die Mietpreisbremse, das Elterngeld Plus oder die finanzielle Stärkung der Kommunen. Trotz der Erfolge bleibt viel für uns zu tun. Dazu zählen u.a. die Eindämmung der Leih- und Zeitarbeit, die Energiewende, gezielte Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Bildung, die Gestaltung der digitalen Gesellschaft. Es geht aber auch um die organisatorische Erneuerung unserer Partei. Gemeinsam wollen wir Bilanz ziehen, diskutieren und die Ziele für die nächsten Regierungsjahre definieren.

Es diskutieren: Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, Yasmin Fahimi, SPD-Generalsekretärin, Dr. Jan Stöß, SPD-Landesvorsitzender Berlin und Katrin Lange, stellv. Vorsitzende der SPD Brandenburg. **PM** □

ASG:

„Attraktivität steigt“

Gesundheitspolitiker begrüßen Wegfall des Pflege-Schulgelds

Das Schulgeld für Schülerinnen und Schüler an Berliner Pflegeschulen wird abgeschafft. Das hat der Berliner Senat beschlossen. Boris Velter, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) Berlin, begrüßte die Entscheidung: „Die Ausbildung im Bereich der Altenpflege für Auszubildende muss - besonders vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels - kostenfrei sein, das fordert die ASG Berlin bereits seit Jahren. Umso erfreulicher ist es, dass der Senat diese Forderung endlich umsetzen will. Wir hoffen, dass die Attraktivität des Pflegeberufs damit gestärkt wird und sich mehr junge Menschen dazu entscheiden, diesen Beruf zu ergreifen.“

Im Rahmen der „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ der Bundesregierung hatten sich die Länder bereits 2012 bereit erklärt zu prüfen, ob die Schulgeldfreiheit für Auszubildende an privaten Altenpflegeschulen eingeführt werden kann. In Berlin gibt es nur eine staatliche



Die Regionalkonferenz findet am 26. Februar im Willy-Brandt-Haus statt. Foto: Horb

➔ Regionalkonferenz „Ein Jahr große Koalition: Erste Bilanz unserer Regierungsarbeit“, 26.02.2015, 18:00, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin Anmeldung erbeten unter www.spd-berlin.de/regionalkonferenz

Berufsfachschule für Altenpflege, das Oberstufenzentrum Gesundheit I, die kein Schulgeld erhebt. Alle anderen staatlich anerkannten privaten Berufsfachschulen erheben ein Schulgeld, dessen Höhe je nach Schule variiert und durchschnittlich bei rund 150 Euro pro Monat liegt.

„Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr monatlich nur rund 910 Euro erhalten, wenn sie nach Tarifvertrag bezahlt werden, dann sind 150 Euro Schulgeld eine Menge. Das steht in keinem Verhältnis und macht es eher unattraktiv, eine Pflegeausbildung zu beginnen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird der Personalbedarf in der Altenpflege in den kommenden Jahren weiter stark anwachsen. Schon jetzt gibt es Probleme, viele offene Stellen im Pflegebereich zu besetzen, weil der Nachwuchs fehlt. Wir als ASG Berlin hoffen, dass die Abschaffung des Schulgeldes ein Baustein dafür sein wird, diesen Trend ins Positive umzukehren“, so Velter. **PM** □

FRAKTION INTERN

Neues Mitglied der Fraktion. Dr. Gregor Költzsch ist als Nachfolger von Birgit Monteiro in das Abgeordnetenhaus nachgerückt und neues Mitglied der SPD-Fraktion. Der 36-jährige promovierte Diplom-Betriebswirt war seit September 2011 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Er vertritt den Wahlkreis Friedrichsfelde Süd, Karlshorst und Rummelsburger Bucht. Birgit Monteiro ist am 22. Januar zur neuen Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg gewählt worden. Sie war seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses, arbeitsmarktpolitische Sprecherin, Ansprechpartnerin für Menschen mit Behinderungen und Sozialexpertin der Fraktion.

Rücktritt von Heinz Buschkowsky. Zum angekündigten Rücktritt von Heinz Buschkowsky hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh erklärt: „Heinz Buschkowsky ist ein verdienstvoller Bezirksbürgermeister mit bundesweiter Bekanntheit. Er redet immer Klartext, und ich freue mich besonders, dass die Partei gelernt hat, ihm zuzuhören. Ich bin mir sicher, dass die SPD-Fraktion auch mit seiner Nachfolgerin Franziska Giffey sehr gut zusammenarbeiten wird.“

Materialien zur Fraktionsklausur. Die SPD-Fraktion war von 23. bis 25. Januar auf ihrer jährlichen Klausurtagung, die diesmal in Leipzig stattgefunden hat. Dort wurde einstimmig die Resolution „Integration - Zentrale Zukunftsaufgabe beschlossen. Die Resolution und die Rede von SPD-Fraktionschef Raed Saleh im vollen Wortlaut sind hier zu finden: www.spdfraktion-berlin.de/seite/klausurtagung-2015

Olympische Wochen. In Berlin sind die Olympischen und Paralympischen Wochen gestartet. Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Leipzig die Werbekampagne begrüßt. Die Abgeordneten unterschrieben ein Plakat mit der Aufschrift: „Wir wollen die Spiele! Berlin für Olympia.“

Die SPD-Fraktion setzt sich geschlossen für Olympische Spiele in Berlin ein. Es ist wichtig, die Berlinerinnen und Berliner in der heißen Phase der Interessenbekundung zu informieren. Es ist uns wichtig, eine breite Diskussion zu führen und die Chancen für unsere Stadt aufzuzeigen.

Berlin als Sportmetropole und weltoffene Stadt bietet beste Voraussetzungen und kann Vorbild sein für Reformspiele mit mehr Bescheidenheit und dem Sport im Mittelpunkt. Wir haben bereits mehrfach bewiesen, dass wir ein großartiger Gastgeber für Großveranstaltungen sind und ein modernes und weltoffenes Deutschland repräsentieren können wie keine andere Stadt. **cs** □

Landesvorstand:

Die Bezirke finanziell absichern

Die AG Bezirksfinanzen legt ihren Abschlussbericht vor

Der SPD-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 19. Januar einstimmig den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Bezirksfinanzen zur Kenntnis genommen und zur Diskussion an die Kreise und Abteilungen gegeben. Im Interview mit der Berliner Stimme erläutern die beiden Leiter der Arbeitsgruppe Torsten Schneider und Iris Spranger die Ergebnisse und das weitere Vorgehen.

BS: Frau Spranger, hat es Sie überrascht, dass ein 70seitiges Papier zu einem solch heiklen Thema wie den Berliner Bezirksfinanzen den Landesvorstand einstimmig passiert?

Iris Spranger: In dem Papier steckt intensive Arbeit, die wir auf sehr breiten Schultern verteilt haben. Unsere Aufgabe war es, Empfehlungen für eine Reform der Finanzbeziehungen im Land Berlin zu erarbeiten. Über 40 Genossinnen und Genossen haben ein Jahr lang in mehreren Unterarbeitsgruppen eine Analyse der Finanzbeziehungen vorgenommen, die Strukturen und die Personalentwicklung beraten. Dabei hat es keine Denkverbote gegeben. Die Unterarbeitsgruppen haben sehr konkrete Ergebnisse vorgelegt. Und die enge Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern des Senats hat dazu geführt, dass einiges an Ideen bereits in der Senatsklausur Anfang Januar umgesetzt worden ist.

Torsten Schneider: Wir sind der Verantwortung als führende politische Gestaltungskraft Berlins gerecht geworden. Dabei war der Prozess selbst bereits ein Wert an sich. Bei der Erarbeitung des Berichts haben Beteiligte aus den Bezirksämtern, den Kreisen und Fraktionen, aus den Ausschüssen, der Verwaltung und dem Abgeordnetenhaus zusammengearbeitet und ihre Argumente ausgetauscht. Zur Februarsitzung des Landesvorstands werden wir die Forderungen in einem Antrag zusammenfassen, der dann in den Kreisen und Abteilungen beraten werden kann. Im Juni soll der Antrag vom Landesparteitag verabschiedet werden.

BS: Können die Bezirke künftig mit mehr Geld rechnen?

Iris Spranger: Berlin hat zwar Fortschritte erzielt, aber der hohe Schuldenstand und die stark fremdfinanzierte Einnahmestruktur bedeuten, dass der Konsolidierungskurs in der Finanz- und Haushaltspolitik konsequent fortgesetzt werden muss. Wir müssen auch weiter Schulden tilgen, um die Zinsbelastung zu senken, zumal wir nicht auf Dauer mit dem derzeit niedrigen



Iris Spranger ist stellvertretende SPD-Landesvorsitzende sowie bau-, mieten- und wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Torsten Schneider ist Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Beide leiteten die Arbeitsgruppe „Bezirksfinanzen“. Fotos: SPD Berlin

Zinsniveau rechnen können. Kein Land ist so abhängig wie Berlin von der Fremdfinanzierung durch Bund und Länder. Hier wird sich Berlin sehr aktiv in die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern einbringen. Das alles bedeutet, so haben wir es auch im Bericht formuliert, dass „das Finanzierungsgefüge zwischen Hauptverwaltung und Bezirken lediglich sehr begrenzte Umverteilungsoptionen bietet“. Dennoch brauchen wir natürlich eine Akzeptanz für die Verteilung der Mittel, denn Möglichkeiten gibt es.

Torsten Schneider: Wir wollen die bezirkliche Selbstverwaltung und Gestaltungsfähigkeit absichern - auch angesichts steigender Sozialausgaben in den Bezirken. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten wir mit dem Sondervermögen „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ (SIWA). Mit dem entsprechenden Gesetz, das die SPD-Fraktion Ende 2014 durchsetzen konnte, stellen wir zusätzliche Investitionsmittel für die bezirkliche Infrastruktur bereit. Allein in diesem Jahr sind das über 400 Millionen Euro, die für den Neubau oder die Erweiterung landeseigener Schulen, Kitas, Sportanlagen und sozialer Infrastruktur zur Verfügung stehen. Hier wird es schon bald sichtbare Ergebnisse geben.

BS: Stichwort „Wachsende Stadt“: Mit der Zunahme der Bevölkerung steigen auch die Anforderungen an den öffentlichen Dienst. Wie geht es hier weiter?

Iris Spranger: Bei der Zielzahl von 100.000 Vollzeitstellen im Öffentlichen Dienst, davon 20.000 in den Bezirken, hat es sich um eine gegriffene politische Zahl gehandelt, die wir jetzt nicht einfach durch eine andere ersetzen sollten. Es geht darum, genau den Bedarf zu bestimmen. Der

Senat hat ja hier in seiner Klausurtagung auch schon Beschlüsse gefasst: So gibt es 31 neue Stellen in den bezirklichen Bürgerämtern und 59 Stellen in den Sozialämtern. Das wird aber mehr werden müssen, das zeichnet sich ab.

Torsten Schneider: Die Arbeitsgruppe hat sich dafür ausgesprochen, bis Ende 2015 mit einer strategischen Personalbedarfsplanung zu beginnen. Die Diskussion über die künftige Personalentwicklung in den Bezirken wollen wir solidarisch mit den Beschäftigtenvertretungen und den Gewerkschaften führen.

BS: Das bisherige Zuweisungssystem soll erhalten bleiben?

Torsten Schneider: Ergebnis der in den Arbeitsgruppen geführten Diskussionen ist es, dass wir an der Globalsumme als bezirklichem Finanzierungssystem festhalten wollen. Sie ist eine wichtige Grundlage für die finanzielle Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Bezirke. Daneben gilt das Konnexitätsprinzip: Wenn das Land politische Vorgaben macht, muss es die Bezirke auch so ausstatten, dass sie sie erfüllen können. Die Kosten-Leistungsrechnung (KLR) wollen wir beibehalten und weiterentwickeln. Sie soll weiter als Verteilungsmechanismus für die Globalsumme dienen. Aber sie muss um qualitative Elemente erweitert werden.

BS: In den vergangenen Jahren sind etliche Dienstleistungen ausgelagert worden. Wird diese Entwicklung weitergehen?

Iris Spranger: Wir müssen solche Fremdvergaben kritisch überprüfen, ob sie mit unseren Vorstellungen von Daseinsvorsorge übereinstimmen und ob sie wirtschaftlich sind. Nicht jede private Dienstleistung stellte und stellt sich am Ende als günstiger heraus. Und zu wenig Personal führt am Ende zu Mehrkosten, wenn keine genaue Prüfung von Anträgen mehr erfolgen kann. Wir wollen auch, dass sich die Abgeordnetenhausfraktion und der Senat intensiv mit der personellen Situation und der Personalentwicklung in unseren Beteiligungsunternehmen auseinandersetzen. Ausgliederungen von Personal aus den Beteiligungsunternehmen wollen wir verhindern. **Interview: U. Horb** □

➡ Die Berliner Stimme setzt die Debatte fort: In den kommenden Ausgaben stellen die KoordinatorInnen der Unterarbeitsgruppen Alexander Götz (UAG Analyse), Helmut Kleebank und Frédéric Verrycken (UAG Struktur) sowie Annika Lange und Isabel Miels (UAG Personal) die Ergebnisse ihrer Bereiche vor.

Terrorismus:

„Wir müssen die Gleichheit fördern“

Gabriel Richard-Molard: Laizismus in Frankreich - bester Schutz gegen Extremisten?

Als französischen Europäer und Sozialisten hat mich der Angriff auf Charlie Hebdo sehr betroffen gemacht. Die Terroristen haben nicht nur schutzlose Menschen ermordet. Sie haben den Kern meiner Werte als europäischer Sozialist angegriffen.

ENTSTEHUNG DES LAIZISMUS
IN FRANKREICH

Der Sozialismus in Frankreich ist eng mit der Republik verbunden. Anders als in Deutschland, wo unter dem Namen „Republikaner“ eine schlechte Kopie von Ultrakonservativen aus den Vereinigten Staaten firmiert, sehen wir französischen Sozialisten uns als historische Wächter der Republik und ihres berühmten Leitworts: Liberté, Égalité, Fraternité. Mit der Trennung von Staat und Kirche (ab 1905) kam ein vierter Begriff dazu: Laïcité.

Die Laïcité in Frankreich entstand nicht aus dem Hass auf Religion, sondern ist die direkte Folge der Religionskriege von der Zeit der Reformation bis zum Toleranzedikt vom 1787. Fast drei Jahrhunderte lang war Frankreich ein Schlachtfeld, auf dem mehr als eine Million Protestanten ums Leben kamen. Sehr viele Franzosen mussten nach Berlin, Hessen, Südafrika oder Holland flüchten. Als 1875 die dritte Republik entstand, lagen die letzten vom Staat begangenen religiösen Verbrechen nicht einmal hundert Jahr zurück.

Für die Sozialisten dieser Zeit, die oft auch Protestanten waren, war klar, dass in dieser neuen Republik Staat und Kirche voneinander getrennt werden müssen, damit alle Religionen gleichgestellt und gleichermaßen geschützt sind. Das Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche wurde vom Sozialisten und Protestanten Ferdinand Buisson verfasst. Buisson gründete drei Jahre später die Französische Liga für Menschenrechte, um den fälschlich des Landesverrats angeklagten jüdischen Kapitän Dreyfus zu verteidigen. 1927 erhielt er gemeinsam mit dem deutschen Politiker Ludwig Quidde den Friedensnobelpreis.

Seit dem Beginn der 20. Jahrhundert deutet der Laizismus in der französischen Republik also keinen Angriff auf den Katholizismus, wie es die römische Kirche und die Konservativen oft dargestellt haben, sondern er stellt einen Friedenpakt in der Gesellschaft dar, indem der Religion ihr Platz in der Privatsphäre zugewiesen wurde. Für die Französinnen von heute gehört Laizismus voll und ganz zur Republik. Die Millionen von Menschen, die am Sonntag



Gabriel Richard-Molard.

Foto: privat

den 15. Januar auf die Straße gingen, zeigten dies nachdrücklich.

LAIZISMUS HEUTZUTAGE
MEHR ALS NÖTIG?

Laizismus ist als Begriff in Frankreich absolut zentral. Und er muss auch in Verbindung mit „unseren“ christlichen Religionskriegen gesehen werden. Unser modernes Europa ist jedoch nicht mehr nur christlich. Es ist multikulturell und multireligiös. Trotz der Tatsache, dass Staaten wie Deutschland, Schweden, Italien usw. keine klare Trennung von Staat und Kirche haben, ist der Geist der Laizismus eine fundamentale Säule unserer europäischen Gesellschaft geworden.

Nach dem zweiten Weltkrieg und der Verabschiedung der Europäischen Menschenrechtskonvention sind Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung Teile unseres europäischen Fundaments geworden. Dies ist ein Ergebnis unserer Geschichte.

Die Wiederbelebung von extremistischen Bewegungen, seien es politische (wie PEGIDA oder die Front National) oder religiöse (Dschihadisten, protestantische Sekten usw.), ist ein schlechtes Zeichen für uns alle und für die Zukunft unserer Gesellschaft. Sind wir in der Lage, uns als Demokratie dagegen zu wehren? Weil wir die Demokratie und ihre Grundrechte achten, zögern wir manchmal zu lange, die Initiative zu ergreifen. Diese neuen Angriffe aber können sich nicht hinter der Meinungs- und Religionsfreiheit verstecken. Hier geht

es tatsächlich um die Vernichtung der Freiheit und der Friedensordnung, die wir nur mit großer Mühe und großen Schwierigkeiten erbaut haben.

Der Laizismus stellt eine gute Lösung für diese Probleme dar. Er schützt vor der Entstehung sozial anerkannter, aber zugleich abgekapselter Religionsgemeinschaften. Er schützt Menschen in der Gesellschaft davor, mit Etiketten versehen zu werden, und vor der Entstehung der Xenophobie. Je mehr Menschen in unserer Gesellschaft in verschiedene Kategorien eingeordnet werden, desto stärker wachsen Ausländerfeindlichkeit und Xenophobie. Deshalb muss unsere Demokratie jetzt Gleichheit mehr fördern als bisher.

Gegen Extremismus gibt es nur zwei Lösungen, die uns Sozialisten und Sozialdemokraten längst bekannt sind. Einerseits ist es Bildung, sei es politische oder philosophische. Sie lehrt BürgerInnen die Toleranz und die Werte des Zusammenlebens. Zweitens muss unsere Politik Beschäftigung für alle schaffen. Es gibt nichts Schlimmeres als Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Sie führt direkt zur Radikalisierung. Die Radikalisierung in den Pariser Banlieues oder auf dem Land in Thüringen oder Sachsen folgt den bekannten Mustern von sozialer Ausgrenzung, Armut und fehlender Bildung.

An dieser Stelle müssen wir als Sozialdemokraten und Sozialisten Position beziehen. Europa und die Welt sind reich wie nie zuvor. Jedoch werden bald, laut einem Oxfam-Bericht, einem Prozent der Menschheit 50 Prozent der Ressourcen der Welt gehören. Diese Menschen haben dieses Geld nicht allein verdient. Wenn wir das akzeptieren und nicht für eine bessere Verteilung des Reichtums durch Spitzensteuern und höhere Steuerklassen für die größten Unternehmen sorgen, machen wir mit und fördern langfristig auch die Radikalisierung der Massen.

Wir kennen die Antworten und die Lösungen für ein besseres Zusammenleben. Wir brauchen starke Gesetze, die eine wirkliche Gleichheit und faire Verteilung des Reichtums gewährleisten. Ohne sie wird eine neue Bastille fallen. Als die französischen Bürger 1789 die Bastille gestürmt haben, war der Auslöser, dass der Reichtum einer extrem kleinen Minderheit unerträglich für die große Mehrheit geworden war. Dies könnte noch bevorstehen und Gott, Allah, Jesus oder „Nichts“ stehe uns bei, dass diese Revolution nicht von den selben politischen oder religiösen Fanatikern geführt wird. **Gabriel Richard-Molard** □

Freihandelsabkommen:

Berechtigte Sorge vor Privatgerichten

Studie zu TTIP und CETA: Private Schiedsgerichte sind verfassungswidrig

Private Schiedsgerichte, wie sie in den transatlantischen Freihandelsabkommen vorgesehen sind, verstoßen gegen das Grundgesetz und kollidieren mit Prinzipien des Völkerrechts. Zu diesem Ergebnis kommt der frühere Verfassungsrichter Prof. Dr. Siegfried Broß in einer von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geförderten Expertise. Eine rechtskonforme Alternative könnten staatlich besetzte Schiedsgerichte darstellen.

Sie sind der umstrittenste Punkt in den geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) beziehungsweise mit den USA (TTIP): Schiedsgerichte, die über vermeintliche Vertragsverletzungen urteilen sollen. Klagen können ausschließlich Unternehmen - wenn sie ihre Investitionen auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks entwertet sehen, beispielsweise durch schärfere Umwelt- oder Sozialgesetze. Verklagt werden Staaten, oft auf Schadenersatz in mehrstelliger Millionen- oder sogar Milliardenhöhe. Als „Richter“ fungieren Privatleute, meist Juristen aus großen internationalen Anwaltskanzleien. Die Verhandlungen werden, anders als Prozesse vor ordentlichen staatlichen Gerichten, nicht grundsätzlich öffentlich geführt. Eine Berufungsinstanz gibt es nicht.

Die Skepsis gegenüber solchen Privatgerichten ist verbreitet - und berechtigt, schreibt Prof. Dr. Siegfried Broß. Der pensionierte Richter und Honorarprofessor, der sowohl am Bundesgerichtshof als auch am Bundesverfassungsgericht Recht sprach, hat sich mit CETA und TTIP auseinandergesetzt. Broß lehnt Freihandelsabkommen nicht grundsätzlich ab. Sein Befund lautet dennoch: „Diese Abkommen sind nach dem derzeitigen Stand mit den Klauseln



Das Bundeswirtschaftsministerium hat Erläuterungen zum TTIP-Verhandlungsmandat auf seiner Internetseite veröffentlicht: <http://goo.gl/URVYTX>

über den Investorschutz zugunsten ausländischer Unternehmen und die Einrichtung privater Schiedsgerichte verfassungswidrig.“ Daran änderten auch die vielen grundsätzlich ähnlich gestrickten Freihandelsabkommen nichts, die verschiedene Bundesregierungen seit 1959 abgeschlossen haben: „Auch wenn Deutschland eine solche ‚Tradition‘ begründet hat, liegt hierin keine Rechtfertigung dafür, hieran unverbrüchlich festzuhalten“, betont Broß.

Nach Analyse des Rechtswissenschaftlers kollidieren die geplanten Regelungen an mehreren zentralen Punkten mit Grundgesetz und Völkerrecht:

○ Wenn die Bundesrepublik CETA oder TTIP in der gegenwärtigen Form beitrete, verletze dies das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip, argumentiert Broß. Denn nach deutschem Verfassungsrecht seien allein ordentliche Gerichte die Instanzen, um über Klagen gegen Staaten zu entscheiden. Das schliesse supranationale Gerichtshöfe, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen oder EU, nicht aus, wohl aber private Schiedsgerichte.

Diskussion zu TTIP und CETA

Am 23. Februar, 14.00-17.30 Uhr, werden Chancen und Risiken der Freihandelsabkommen in einer gemeinsamen Konferenz von SPD und SPD-Fraktion im Willy-Brandt-Haus öffentlich diskutiert.

Dabei sein werden neben dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, Thomas Oppermann und Martin Schulz unter anderem die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und DIHK-Präsident Eric Schweitzer.

Jeder kann sich mit Fragen an der Diskussion beteiligen. Die Bundes-SPD hat dazu die Internetseite www.spd-freihandelskonferenz.de

eingrichtet, auf der Fragen eingetragen und die Beiträge anderer bewertet werden können. Was bei allen Nutzerinnen und Nutzern auf das höchste Interesse trifft, wird direkt auf der Konferenz diskutiert.

In einer Mail an die SPD-Mitglieder schrieb Gabriel: „Freihandelsabkommen ja, aber nicht um jeden Preis.“ Es gebe keine Festlegung der SPD oder der SPD-Bundesminister auf eine Zustimmung.

➡ Montag, 23.02.2015, 14:00-17:30 Uhr, Berlin, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße. Auf www.spd.de ist eine Übertragung per Livestream geplant.

○ In die gleiche Richtung wie das deutsche Verfassungsrecht wirken nach Überzeugung des Juristen die Grundregeln des Völkerrechts. Sie besagen: Privatpersonen und private Institutionen wie Unternehmen sind „nur mittelbar über den jeweiligen ‚Heimatstaat‘ am Völkerrechtsverkehr beteiligt oder betroffen“. Klagen von Unternehmen vor privaten Schiedsgerichten gegen Staaten passten nicht in dieses System.

○ Weiche man davon ab, könnten „parlamentarische Mitwirkung und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ durch Urteile von dazu nicht legitimierten Einrichtungen unterlaufen werden. So werde „auf dem Weg einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über den Freihandel materiell die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in einem Staatsorganisationsprinzip geändert“. Und das sei nicht einmal mit verfassungsändernder Mehrheit des Bundestages möglich.

○ Nicht akzeptabel seien schließlich Prozesse hinter verschlossenen Türen. Öffentliche Verhandlungen gehörten zu den elementaren Qualitäten rechtsstaatlicher Gerichtsverfahren, so Broß. Zumal das Argument, es müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geschützt werden, nicht überzeuge. Die nationalen Prozessordnungen im Patent-, Wettbewerbs- oder Gesellschaftsrecht hätten dafür längst praktikable Regeln gefunden.

Im Verhältnis von EU, USA und Kanada, also Regionen mit funktionierenden Rechtssystemen, spreche ohnehin wenig für überstaatliche Schiedsgerichte. Wolle man trotzdem partout supranationale Strukturen schaffen, etwa um Standards für spätere Freihandelsabkommen mit anderen Ländern zu setzen, ließen sich diese allenfalls als „Staatsschiedsgerichte“ verwirklichen, schreibt der Rechtswissenschaftler.

Wenn „Vertreter der Vertragsstaaten mit Zustimmung der nationalen Parlamente“ als Richter berufen würden, sei das verfassungskonform und biete noch einen Vorteil: Ein dermaßen demokratisch legitimes Staatsschiedsgericht habe die Kompetenz, später auftretende Lücken und Schwächen im Vertrag durch seine Urteile zu korrigieren. **PM □**

➡ Siegfried Broß: Freihandelsabkommen, einige Anmerkungen zur Problematik der privaten Schiedsgerichtsbarkeit, Report der Abteilung Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr.4. Download unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_mbf_report_2015_4.pdf

NS-Aufarbeitung:

Ein Aufklärer gegen alle Widerstände

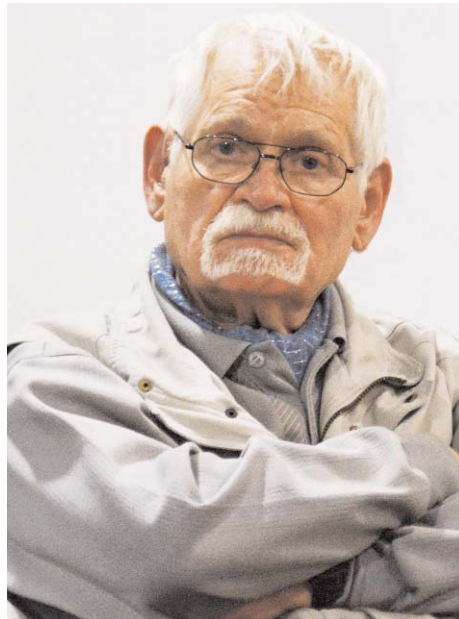
Reinhard Strecker und die Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hieß es leider zu Recht: „Der Kaiser ging, die Generäle blieben...“ Es stellte sich freilich schnell heraus, dass nicht nur die Generäle geblieben waren: In Schulen und Universitäten, in Verwaltungen und in der Justiz der Weimarer Republik waren Monarchisten und andere Feinde der Demokratie zu Hauf zu finden. Sie alle in ihren einflussreichen Ämtern zu lassen, sollte sich als einer der Geburtsfehler der Weimarer Demokratie erweisen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es nur scheinbar anders. Die größten Verbrecher, einschließlich des „Führers“ waren tot. Viele Andere aber wollten nur „Beihilfe“ geleistet, „nur“ Befehle ausgeführt oder „nichts gewusst“ haben. Die Alliierten drängten auf eine Entnazifizierung, sie blieb in Ost und West halbherzig und wurde schließlich im Westen zugunsten des neuen Verbündeten im Kalten Krieg, der wiederbewaffneten Bundesrepublik, ganz eingestellt. „Einmal muss doch Schluss sein mit der Vergangenheitsbewältigung“ hieß es schon in den fünfziger Jahren in einer ständig wiederholten Parole. Widerspruch dagegen gab es, aber er wurde wenig gehört in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die dem platten Antikommunismus als Gründungsideologie verpflichtet war.

Dann aber gab es Anfang 1960, vorbereitet bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1959, einen kleinen Paukenschlag: Am 25. Januar 1960 stellte Reinhard Strecker gegen 43 schwer belastete ehemalige Nazi-Richter Strafanzeige. Der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentebundes (SDS) hatte ihn dazu aufgefordert. In den Medien wurde der schon zuvor erhobene Vorwurf wiederholt, der SDS und vor allem Strecker betreibe das Geschäft der DDR.

Aber der Reihe nach: Seit Ende 1958 suchte und fand Strecker Dokumente über in der Bundesrepublik weiterbeschäftigte oder gar schon pensionsberechtigte Juristen, die im „Dritten Reich willfähige Diener bis hin zum Verbrechen“ (Strecker) gewesen waren. Es ging ihm weniger um die einzelnen Biographien, sondern um Beispiele für die Tätigkeit der nazistischen Sondergerichte, Kriegsgerichte und des Volksgerichtshofs. Die Strafanzeige sollte die Justiz der Bundesrepublik zwingen, eine „Selbstreinigung“ - so Streckers illusionäre Hoffnung - zu beginnen. Die Dokumente fand er zunächst vor allem in der DDR (der „Ausschuss für deutsche Einheit



Der Friedenauer Sozialdemokrat Reinhard Strecker wird im September 85 Jahre alt. Im Februar vor 55 Jahren eröffnete er in Berlin die Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“. Foto: Horb

der DDR half dabei aus sicher nicht uneigennütigen Gründen, er hatte schon Anfang 1959 eine Broschüre veröffentlicht mit dem Titel: „Wir klagen an. 800 Nazi-Blutrichter - Stützen des Adenauer-Regimes“), später auch in Polen, der Tschechoslowakei und schließlich auch in Israel.

Der Berliner Landesverband des SDS, in dem Strecker Mitglied war, half, die Dokumente zu sichten, die Echtheit zu prüfen und lange Namenslisten zu erstellen. Im Februar 1959 beschloss der Konvent der Freien Universität Berlin auf Antrag von Reinhard Strecker eine Unterschriftensammlung „für eine Petition an den Bundestag zum Thema nationalsozialistischer Richter, Staatsanwälte und Ärzte“. Nach wenigen Tagen hatten über 2000 Studenten unterschrieben. Im Juli 1959 entschied die Bundesdelegiertenkonferenz des SDS in Göttingen, die von Strecker vorbereitete „Aktion gegen nationalsozialistische Juristen, die heute in der Bundesrepublik Ämter bekleiden“ zu unterstützen. Alle SDS-Hochschulgruppen sollten in ihren Universitäten diese Aktion - sie trug nun den Namen: „Ungesühnte Nazijustiz“ - unterstützen.

VERJÄHRUNG DER NS-VERBRECHEN DROHTE

Die Zeit drängte, denn am 8. Mai 1960 drohte die Verjährung der Verbrechen. Deshalb sollte die inzwischen vorbereitete

Ausstellung zuerst in Karlsruhe, dem Sitz des Bundesverfassungsgerichts, gezeigt werden. Die SDS-Gruppe der TH Karlsruhe bereitete zusammen mit Reinhard Strecker die Ausstellung in der Stadthalle vor, sammelte unter den Genossen der SPD, deren Mitglied sie waren, Geld und am 27. November 1959 fand die Eröffnung statt.

DER SPD-PARTEIVORSTAND GING AUF DISTANZ

Aber wenige Tage zuvor distanzierte sich der SPD-Parteivorstand von diesem Vorhaben. Die Partei könne die Aktivitäten nicht billigen, da „deren Hintermänner und Absichten nicht bekannt“ seien. Der Vorwurf, die „Hintermänner“ säßen im „Osten“, war damit in der Öffentlichkeit und hatte sofort Folgen. Die Ausstellungsräume wurden gekündigt, im Karlsruher Lokal „Krokodil“ konnte die Ausstellung nur unter sehr erschwerten Umständen weiter gezeigt werden. Die drei SDS-Verantwortlichen aus Karlsruhe wurden im Januar 1960 nach § 29 (Sofortausschluss) aus der SPD ausgeschlossen.

Aber Strecker und der SDS gaben nicht auf. Nun sollte die Ausstellung in Berlin gezeigt werden. Die Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge am 24. Dezember 1959 - zwei Mitglieder der Deutsche Reichspartei waren die Täter - offenbarten die Aktualität des Vorhabens. Der Konvent der FU Berlin beauftragte den Asta, dafür Sorge zu tragen, dass die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ in den Räumen der FU stattfinden kann. Kurz darauf kam es zur bereits erwähnten Strafanzeige Streckers gegen 43 ehemalige Nazi-Richter. Die Ausstellung an der FU sollte folgen. Aber die Universitätsleitung verweigerte die Nutzung von Räumen der Universität. Die Bezirksämter der Stadt wurden in „Vertraulichen Briefen“ des CDU-Justizsenators Valentin Kielinger gewarnt, die Anfragen der Ausstellungsmacher positiv zu bescheiden.

Unverhofft kam Hilfe. Die private Kunstgalerie Springer am Kurfürstendamm stellte ihre Räume kostenlos für die Ausstellung zur Verfügung. Der Inhaber Rudolf Springer widersetzte sich ohne Zögern auch dem sofort einsetzenden politischen Druck, seine Zustimmung zurückzuziehen. Ein Kuratorium mit so bekannten Namen wie Professor Helmut Gollwitzer, Propst Heinrich Grüber, Günther Grass und mehrere studentische Gruppen unterstützten die Ausstellungsmacher. Professor Wil-

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

helm Weischedel und Professor Ossip Flechtheim waren Sprecher des Kuratoriums, die sich bald auch gegen Diffamierungen in der Presse zur Wehr setzen mussten. Am 23. Februar 1960 wurde die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ eröffnet. Bis zur Schließung Anfang März kamen rund 8000 Besucher in die Ausstellung, darunter auch eine Gruppe von ausländischen Journalisten, die auf Einladung des Auswärtigen Amtes Berlin besuchten. Bei einem abendlichen Empfang beim Regierenden Bürgermeister Willy Brandt waren sie des Lobes voll über die mutige Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit.

An der Haltung der SPD im Bund und in Berlin gegenüber dem SDS änderte das freilich nichts. Die SPD trennte sich von einem großen Teil seiner akademischen Jugend und seiner nicht allzu vielen sozialdemokratischen Professoren, die den SDS weiter fördern wollten. Die Mitgliedschaft im SDS wurde durch Beschluss des Parteivorstandes unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. Der zeitgleich entstehende parteifromme Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) fand zunächst wenig Zulauf. Der Berliner SDS hatte bald mehr Mitglieder als zuvor. Im Frühjahr 1960 traten über 60 Berliner Studenten in den SDS ein, darunter der Verfasser dieser Zeilen.

DIE AUSSTELLUNG WAR DER ERFOLG STRECKERS

Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ war trotz oder gerade wegen der Diffamierungsversuche ein voller Erfolg und bleibt bis heute mit dem Namen Reinhard Strecker verbunden.

Da Strecker oft unterstellt wurde, mit

der maßgeblich von ihm erarbeiteten Ausstellung das Geschäft der DDR betrieben zu haben, nahm er schon 1960 deutlich zu diesen Vorwürfen Stellung. Er wusste natürlich, dass auch in der DDR - er nannte sie in übrigen hin und wieder „Deutsche-Sowjet-Republik“ - ehemalige Nazis lebten. Aber - so sagte er: „Ein kommunistischer Staat lässt sich wohl kaum reformieren. Ich versuche mich in dem Staat, dem ich angehöre. Bei uns wird häufig darauf geschlossen, bei uns sei alles gut, weil doch verschiedenes auf der anderen Seite so schlecht sei... Wir haben eine Demokratie, die von ihrem Ideal weit entfernt ist“ (Reinhard Strecker in einer in Jerusalem geschriebenen Stellungnahme am 20.10.1960).

Das überzeugte wohl auch die Berliner SPD: Reinhard Strecker wurde noch im Jahre 1960 von der Steglitzer SPD in die Partei aufgenommen. Er konnte daher auch nicht, wie oft behauptet wurde, wegen seiner Aktivitäten für die Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“ aus der SPD ausgeschlossen werden, da er ihr Ende 1959/Anfang 1960 noch gar nicht angehört hatte.

Der Hinweis darauf ist wichtig, da die SPD im Bund und in Berlin in jener Zeit, in der das „Prinzip der Geschlossenheit“ hochgehalten wurde, wenig zimperlich war, Parteimitglieder aus der Partei reihenweise auszuschließen. Die SPD wollte nach der erneuten Niederlage in der Bundestagswahl 1957 endlich Wahlen gewinnen.

Innerparteiliche Opposition störte das Bild einer auch programmatisch gewandelten Partei und Ausschluss war eine beliebte Methode besonders in der Berliner SPD, unliebsame Querdenker aus der Partei zu entfernen. Dazu kam die schwierige Situation in Berlin nach dem Chruschtschow-Ultimatum im Jahre 1958. Die Freiheit Westberlins war ernsthaft bedroht. Die Unterstützung durch die Bundesregie-

rung durfte nicht gefährdet werden, in Berlin regierte trotz einer absoluten Mehrheit der SPD eine große Koalition mit der CDU, die noch mehr als die Berliner SPD jeden Kontakt mit Ostberlin als Zurückweichen vor der „kommunistischen Bedrohung“ zu ahnden bereit war.

GEGEN DAS SCHLUSSTRICH-DENKEN

Freilich war die SPD zumindest im eigenen Selbstverständnis nicht bereit, Vorwürfe gegen die Bundesrepublik wegen vieler, allzu vieler ehemaliger Nazis in verantwortlichen Stellen in Verwaltung, Justiz und Regierung als bloße Propaganda des „Ostens“ abzutun. Bezeichnend ist ein „Aktenvermerk“ Egon Bahrs für seinen Chef Willy Brandt aus dem April 1960: „Wir haben weder gegenüber der Bundesrepublik noch gegenüber dem Ausland ein Interesse daran, eine schlechte Position Bonns zu decken, was die Einstellung gegenüber der braunen Vergangenheit einzelner angeht.“

Auch Reinhard Strecker war schon damals nicht bereit, das angeblich Schaden nehmende Ansehen der Bundesrepublik im Ausland als Argument zu akzeptieren, um die Augen zuzumachen vor den vielen „Würdenträgern“ der Bundesrepublik, die während der Nazidiktatur nicht nur Mitläufer gewesen, sondern an schweren Verbrechen beteiligt waren. Strecker half so schon als junger Student mit, dem „Schlussstrich-Denken“ entgegenzutreten und das „Labyrinth des Schweigens“ aufzubrechen.

Wir können es auch kurz und knapp sagen: Reinhard Strecker, seit 55 Jahren Mitglied der SPD, hat sich um die Demokratie in Deutschland verdient gemacht.

Siegfried Heimann □

Strafverfolgung nach über 70 Jahren

Aufarbeitung und gemeinsamer Kampf gegen Hass und Rassismus in Europa

Am 24. Januar hat die AG Carlo Levi zusammen mit dem italienischen Sozialdemokraten der PD Berlin eine Veranstaltung über die Massaker von Sant'Anna di Stazzema organisiert. Die Teilnehmer waren Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die italienische Parlamentsabgeordnete Laura Garavini und Maurizio Verona, Bürgermeister von Stazzema. Verona machte gleich zu Beginn deutlich: „Unsere Gemeinschaft will keine Rache, sondern Justiz.“

„Am 12. August 1944 ermordete die SS 560 italienische Zivilisten, Frauen und Kinder“, erinnerte der Bürgermeister Maurizio Verona. Nach 50 Jahren Vergessenheit sind die Täter durch den leitenden Militär-



Matthias Schmidt (MdB), Maurizio Verona, Laura Garavini, Gabriele Heinecke und Günter Freier (AG Carlo Levi).

Foto: Quadrelli

staatsanwalt in La Spezia, Marco de Paolis, entdeckt und zu einer lebenslänglichen

Freiheitsstrafe verurteilt worden. Aber sie haben keinen einzigen Tag im Gefängnis verbracht.

Gerhard Sommer, 93 Jahre alt, ist einer der Täter und lebt noch in Hamburg. Nun, wegen des Engagements der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, gibt es die Möglichkeit, den letzten SS-Kriminellen hier in Deutschland zu verurteilen. So hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden. Deswegen traf Bürgermeister Maurizio Verona in dieser Woche die Staatsanwaltschaft in Hamburg, wo Sommer wohnt und wo gegen ihn prozessiert werden kann: „Ich habe die Hoffnung und den großen Traum, Sommer zu treffen, ihm

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

direkt in die Augen zu sehen und aus seinem Mund die Entschuldigung für das zu hören, was er getan hat“, sagte Verona.

Das ist eine gemeinsame Geschichte, für Italien und Deutschland. Über diese Entscheidung der Staatsanwaltschaft Hamburgs freut sich die italienische Abgeordnete Laura Garavini. Sie wünsche sich für Italien und Deutschland mehr Mut, den Faschismus zu bekämpfen. Die Entscheidung

des Bundesverfassungsgerichts sei wichtig: Der Täter müsse von einem deutschen Gericht verurteilt werden. Und „es wäre ein wichtiges Signal für die Angehörigen der Opfer. Ein Signal, dass Gerechtigkeit, keine Grenzen und kein Verfallsdatum besitzt“, betont sie.

Zum Schluss erinnerte Maurizio Verona an die Begegnung mit Martin Schulz (SPD) in Sant'Anna di Stazzema und an die Projekte für die Erinnerung: Austausch zwi-

schen Städten und ein europäisches Bildungsprogramm mit den Jugendlichen, um dort kurze Praktika zu machen und die Geschichte dieses kleinen Dorf an die nächste Generation weiterzugeben. Deutschland und Italien müssen zusammen kämpfen gegen Rassismus und Hass. Und noch wichtiger ist es, gemeinsam für ein friedliches Europa und eine friedliche Zukunft für alle zu arbeiten.

Federico Quadrelli □

Auf der Suche nach Aussöhnung

Silvina Der-Meguerditchians Ausstellung und der Völkermord an den Armeniern

Mit der Ausstellung „Aferim Yavrum - Kleine Gesten der Annäherung“ der Berliner Künstlerin Silvina Der-Meguerditchian beteiligt sich das August Bebel Institut an der Eröffnung des internationalen Erinnerungsjahrs zum Völkermord an den Armeniern 1915.

Während des Ersten Weltkriegs wurden im damaligen Osmanischen Reich bis zu 1,5 Millionen Armenier ermordet. In einer Erklärung vom Juni 2005 entschuldigt sich der Bundestag ausdrücklich beim armenischen Volk für die Haltung des Deutschen Reichs, das damals nichts unternommen hatte, um die Vernichtung der armenischen Minderheit zu verhindern. Vor diesem Hintergrund geht es dem August Bebel Institut mit der Präsentation der Ausstellung und dem Rahmenprogramm um Fragen der Erinnerungsarbeit, Identitätssuche und Formen der Annäherung. Fragen, die das Institut auch schon in anderen Kontexten begleitet hat und immer auch Rückschlüsse auf das Zusammenleben in der Einwanderungsstadt Berlin geben.

Die sehr persönliche Ausstellung „Aferim Yavrum - Kleine Gesten der Annäherung“ zeigt Bilder, Objekte und Videos von Silvina Der-Meguerditchian, die über eine künstlerische Erinnerungs- und Trauerarbeit hinaus versuchen, neue Wege der Aussöhnung auszuloten. Silvina Der-Meguerditchian wuchs als Enkelin armenischer Großeltern in Argentinien auf und arbeitet heute als Bildende Künstlerin in Berlin. Sie hat u.a. den ersten Armenischen Diaspora Pavillon der 52. Venedig-Biennale kuratiert, war 2014 Stipendiatin der Kulturakademie Tarabya, ist an Produktionen im Ballhaus Naunynstraße und im Gorki Theater beteiligt.

Motiviert sind die ausgestellten Arbeiten durch positive und negative Begegnungen der Künstlerin mit Menschen türkischer Herkunft. Sie dokumentiert, sammelt und reflektiert die Erinnerung an die Vertreibung und das Verschwinden der Armenier*innen aus ihrer Heimat in ihren Kunstwerken in der Form von Bild-Text-Collagen. So werden beispielsweise histori-



„The texture of Identity“. Das Digitalfoto eines aufgeschnittenen Granatapfels mit Wollfäden gehört zur Ausstellung von Silvina Der-Meguerditchian. Der Großvater der Berliner Künstlerin überlebte 1915 den Genozid in der Türkei nur, weil er sich tagelang auf einem Granatapfelbaum versteckte.

sche Fotos des Lebens ihrer Großeltern in der Stadt Ainteb (Gaziantep) an der Grenze zu Syrien in der Installation „Presences“ zu einem stoffgerahmten Patchwork zusammenfügt. Das türkische „Aferim Yavrum“, sinngemäß „gut gemacht Kleine“ im Titel der Ausstellung erinnert an den Ausspruch der Mutter von Silvina Der-Meguerditchian.

HRANT DINK: DEM
NATIONALISMUS DAS WASSER
ABGRABEN

Im Rahmen des Begleitprogramms erinnerte das ABI am 22. März mit einem Vortrag und einer Lesung an die Ermordung des Menschenrechtlers und Chefredakteurs der armenisch-türkischen Wochenzeitung „Agos“ Hrant Dink am 19. Januar 2007 durch einen Ultranationalisten auf offener Straße in Istanbul. Der brutale Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015 in Paris weckt Erinnerungen an den Anschlag auf Hrant Dink. Hrant Dink hatte sich für den türkisch-armenischen Dialog und eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich eingesetzt.

Die Ausstellung wäre sicher ganz Sinne

von Hrant Dinks Bestreben nach Dialog gewesen. So beschreibt seine langjährige Mitarbeiterin Karin Karakasli seinen Stil, der am stärksten war, wenn es um das Verhältnis der Armenier_innen und Türk_innen ging: „Er wollte, dass die Menschen beider Völker respektvoll miteinander umgingen und ohne Mittelsmänner miteinander sprachen, ob nun in der Türkei, in Armenien oder in der Diaspora.“ Dink habe vorgelebt, „wie man vernünftig Fragen formuliert, einfühlsame Antworten gibt und wie man dadurch eine Sprache schafft, die dem Nationalismus hier und dort das Wasser abgräbt“.

Die Ausstellung ist bis zum 27. Februar in der Galerie des August Bebel Instituts zu sehen und in drei weiteren Veranstaltungen werden unterschiedliche Aspekte der Erinnerungsarbeit vorgestellt und diskutiert. Darunter Fragen des aktuellen Zusammenlebens in Istanbul, des Umgangs mit dem Thema im Berliner Schulunterricht und die geschichtliche Betrachtung der Rolle des Deutschen Reiches während des Völkermordes.

Ingo Siebert □

➡ Begleitprogramm:

Do 12. Februar, 19-21 Uhr. Wohin - Nereye? Verdrängung in Fener-Balat / Istanbul. Film Screening und Projektvorstellung. „Wohin - Nereye?“ ist eine theatrale Suche nach den Auswirkungen von Verdrängung im Viertel Fener-Balat in Istanbul.

Do 19. Februar, 19-21 Uhr. Osmanisch-Armenisches Leben vor 1915 - zwischen Aufbruch und Gefährdung. Vortrag und Buchvorstellung. Im Osmanischen Reich lebten 2,5 Millionen Armenier_innen, 1,5 Millionen fielen dem Völkermord 1915 bis 1917 zum Opfer.

Mi 25. Februar, 18-20 Uhr, anschließend Finissage. Lernen, Verstehen, Erinnern - Handbuch zur Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Armenier_innen. Der Abend stellt das pädagogische Handbuch zur Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Armenier_innen 1915/16 vor

➡ **Anmeldung:** anmeldung@august-bebel-institut.de

Angekommen - und nun?

SPD-Abteilungen in Mitte diskutieren Flüchtlingspolitik

Die SPD-Abteilungen Grünes Dreieck und Rehberge laden am 4. Februar zu einem Diskussionsabend zur Flüchtlingspolitik.

Die aktuellen Krisen und Konflikte haben dazu geführt, dass derzeit mehr Flüchtlinge als in den letzten Jahren bei uns Schutz suchen. Damit steht die Flüchtlingspolitik im Bezirk und im Land vor vielen Herausforderungen. Ausreichend Unterkünfte müssen bereit gestellt, eine gute Versorgung muss organisiert und die Zivilgesellschaft soll mitgenommen werden. Dabei entspricht die aktuelle Situation vor Ort oftmals nicht sozialdemokratischen Vorstellungen von einer guten Lebenssituation für die Flüchtlinge.

Wie sieht der Alltag der Flüchtlinge eigentlich aus? Welche gesetzlichen Bestim-

mungen und welche Probleme gibt es? Wie können wir die Situation konkret verbessern? Welche politischen Forderungen müssen wir stellen? Dies möchte die SPD Mitte gemeinsam beim Filmabend und der anschließenden Diskussion mit Monika Lücke, Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats, und Manfred Nowak, Kreisvorsitzender AWO Berlin-Mitte, diskutieren. Die AWO Mitte betreibt im Auftrag des Berliner Senats mit dem AWO Refugium Lichtenberg und dem Wohnheim Spandau u.a. zwei Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge.

➡ **Angekommen in Berlin - und nun?! Film- und Diskussionsabend, 4.2.2015, 19:00 Uhr, Veranstalter: SPD Mitte - Abt. Grünes Dreieck + Abt. Rehberge, Sprengelhaus, Sprengelstraße 15, 13353 Berlin**

Trauer um Ingeborg Wellmann

Im Alter von 90 Jahren ist am 6. Januar Ingeborg Wellmann verstorben. Ingeborg trat der SPD 1963 bei, zur Unterstützung Willy Brandts, der gegen Adenauer antrat.

In der Partei zu Hause war sie mit ihrem 2010 verstorbenen Ehemann Heinz Giese, der wie sie selbst Schauspieler und Synchronsprecher war, in Nikolassee. Dort wirkte sie lange Zeit als Kassiererin und Mitgliederbetreuerin.

Auf der Bühne stand Ingeborg Wellmann u.a. bei den Kabarettisten der Berliner Stachelschweine, gemeinsam mit Wolfgang Gruner und Wolfgang Neuss. Als Synchronsprecherin lieh sie ihre Stimme u.a. Jane Fonda und „Betty Geröllheimer“ aus der Cartoonserie „Familie Feuerstein“.

Sie ist auf dem Waldfriedhof in Zehlendorf beigesetzt worden.

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

TERMINE

- 04.02.2015, 18:00 - 19:00, **Dr. Clara West, MDA - Pankow, Sozialrecht-Sprechstunde**, Bürgerbüro von Dr. Clara West, MDA, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin. Anmeldung bitte unter 767 300 36 oder svenja.kraus@clara-west.de.
- 04.02.2015, 15:00, AG 6oplus Mitte, **Zu aktuellen politischen Themen mit Eva Högl**, MdBGemeinschaftsraum der Lange-Schucke Stiftung, Holländer Straße 54 A, 13407 Berlin
- 04.02.2015, 19:00, SPD Mitte - Abt. Grünes Dreieck + Abt. Rehberge, **Angekommen in Berlin - und nun?! Film- und Diskussionsabend**, Sprengelhaus, Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
- Zeich(n)en für die Meinungsfreiheit 04.02.2015, 19:30, Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, **Zeich(n)en für die Meinungsfreiheit**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstrasse 163, 13353 Berlin
- 05.02.2015, 19:30 - 21:30, Susanne Kitschun, MDA | Fachausschuss Strategien gegen rechts, **Strategien gegen rechts in einer Stadt der Vielfalt**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Nierderkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 05.02.2015, 18:00 Uhr, Historische Kommission, **„Gefährdet der Kapitalismus die Demokratie?“** Willy-Brandt-Haus. Anmeldung: bis zum 2. Februar unter <https://anmeldung.spd.de/v/10295>
- 05.02.2015, 19:30, ASF Tempelhof-Schöneberg, **Wie leben Frauen in Afghanistan heute?** mit Nicole Birtsch. Sie war für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ bis Juni 2014 in Afghanistan und hat unter anderem ein Frauenprojekt zu den Wahlen dort begleitet. SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin
- 08.02.2015, 10:00, Matthias Schmidt, MdB - Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen: Pegida statt Politik? Wohin steuert die Gesellschaft?** freiheit fünfzehn, Freiheit 15, 12555 Berlin
- 09.02.2015, 17:30, **Susanne Kitschun, MDA, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro von Susanne Kitschun, Grünberger Straße 4, 10234 Berlin. Anmeldung: susanne.kitschun@spd.parlament-berlin.de
- 09.02.2015 - 16:00-18:00, **Ole Kreins, MDA - Friedrichsfelde, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro von Ole Kreins, Heinrichstraße 1, 10317 Berlin
- 10.02.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Charlottenburg-Nord, **Energiewende - wird Strom zum Luxusgut?** AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13627 Berlin
- 10.02.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Klausenerplatz, **Olympia?! - Welche Formen der Bürgerbeteiligung wollen wir?** Mit Dennis Buchner, MDA und sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Divan e.V., Neh-

ringstraße 26, 14059 Berlin

- 10.02.2015, 18:00, Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Berlin, **Fachtagung Strategien gegen rechts**, Schloss 19, Schloßstraße 19, 14059 Berlin (Charlottenburg) **siehe BS 01-2015**
- 10.02.2015, 14:00 - 15:30, Ülker Radziwill, MDA - Charlottenburg, **„Technik SOZIAL“-Kurs: Suchen und Finden im Internet**. Kiez-Büro von Ülker Radziwill, Friedbergstraße 36, 10547 Berlin. Nur mit Anmeldung unter info@uelker-radziwill.de
- 12.02.2015, 18:30 - 19:30, **Torsten Schneider, MDA Pankow, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro von Torsten Schneider, Florastraße 94, 13187 Berlin
- 12.02.2015, 14:00 - 15:00, **Ralf Wieland, MDA - Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstraße 19 a, 13357 Berlin
- 12.02.2015, 18:00 - 20:00, **Liane Ollech, MDA Marzahn-Süd/Biesdorf, Bürgersprechstunde**, SPD Bürgerbüro Marzahn-Hellersdorf, Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin,
- 12.02.2015, 19:00, **SPE-AktivistInnen, Treffen**, Café Orange, Oranienburger Straße 32, 10117 Berlin
- 12.02.2015, 17:00 - 18:00, **Frank Jahnke, MDA Charlottenburg-Wilmersdorf, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Goethe15, Goethestr. 15, 10625 Berlin
- 12.02.2015, 19:00, **Jusos Tempelhof-Schöneberg, Jugendarbeitslosigkeit**„ SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin
- 12.02.2015, 10:00 - 12:00, AG 60 plus Tempelhof-Schöneberg, **Politisches Frühstück**, „Robbengatter“, Grunewaldstraße 55, 10825 Berlin
- 13.02.2015, 15:30 - 16:30, **Iris Spranger - MDA Marzahn-Hellersdorf, Bürgersprechstunde**, SPD-Bürgerbüro Marzahn-Hellersdorf, Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin
- 13.02.2015, 19:30, SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Mariendorf + Abt. Lichtenrade-Marienfelde, **Aktuelle Flüchtlingssituation im Land und im Bezirk**, SFS Sorgenfrei, Markgrafenstraße 10, 12105 Berlin
- 13.02.2015, 19:00, SPD Tempelhof-Schöneberg - Abt. Friedenau, **149. Friedenauer Gespräch**, Garuda, Schmargendorfer Straße 35, 12159 Berlin
- 16.02.2015, 19:00, Afa Tempelhof-Schöneberg, **Prekäre Beschäftigung und Tarifflucht**, SPD Kreisbüro Tempelhof-Schöneberg, Hauptstraße 100, 10827 Berlin
- 17.02.2015, 12:30 - 14:00, **Bruni Wildenheimp-Lauterbach, MDA - Wedding, Telefonische Sprechstunde**, Tel. 030/2325-2297
- 17.02.2015, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Kudamm, **Wie kann man sparen ohne dass es quietscht?** Café Bleibtreu, Bleibtreustraße 45, 10623 Berlin
- 18.02.2015, 16:00 - 18:00, **Ülker Radziwill, MDA - Charlottenburg, Sprechstunde**, Kiez-Büro von Ülker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin. Bitte anmelden unter [ker-radziwill.de](mailto:info@uel-

</div>
<div data-bbox=)

- 18.02.2015, 19:30, Ülker Radziwill, MDA - Charlottenburg, **Mietenpolitik im Bezirk - Wie weit hilft Millieuschutz?** Mit Marc Schulte, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Ordnungsangelegenheiten, Kiez-Büro von Ülker Radziwill, Friedbergstraße 36, 14057 Berlin
- 18.02.2015, 19:00, Frank Jahnke, MDA - Charlottenburg, **Charlottenburger Gespräche, mit Martin Germer, Pfarrer der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche**, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 19.02.2015, 19:00, **ASF Friedrichshain-Kreuzberg, Sitzung**, SPD Kreisbüro, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
- 19.02.2015, 10:00 - 12:00, Ole Kreins, MDA - Friedrichsfelde, **Sozialberatung im Rahmen der Sozialgesetzbuchgebung (II und III)**, Bürgerbüro von Ole Kreins, Heinrichstraße 1, 10317 Berlin
- Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

AG Migration & Vielfalt:

Abendland vor dem Untergang?

Die AG Migration & Vielfalt will mit Mythen aufräumen, Realitäten zu rechrücken und konkrete Vorschläge diskutieren.

Es diskutieren Selmin Caliskan, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Dr. Naika Foroutan, Stellv. Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Dr. Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Vorsitzender.

➡ Montag, 16. Februar 2015, ab 19.00 Uhr, Theater Tiyatrom, Alte Jakobstraße 12, 10969 Berlin

August Bebel Institut:

Aktuelles aus der Politischen Bildung

MITMACHEN! Sitzungen partizipativ gestalten. mit Alexandra Kramm (Politikwissenschaftlerin und Coach).

Neben Aktionen und Kampagnen gehören auch Sitzungen zum Alltag von Initiativen, Vereinen und Parteien. Wie kann beim Sitzen rund um den Tisch Abwechslung und Spaß aufkommen? Wie können alle beteiligt und Machtstrukturen vermieden werden? Mit etwas Vorbereitung, ausgewählten Techniken und wenig Material kann jede Sitzung so gestaltet werden, dass nicht nur wenige reden und organisieren, während der Rest gelangweilt ist. An diesem Abend probieren wir das aus.

➡ Workshop Di 17. Februar, 17:30-21:30 Uhr, Beitrag 10 € inkl. Snacks und Getränken. anmeldung@august-bebel-institut.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Volles Programm im Frühjahr

Berliner Stimme und Kulturforum laden zu Lesungen, Theater- und Konzertbesuchen

Die BERLINER STIMME setzt im Frühjahr die gemeinsam mit dem Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie organisierten Veranstaltungen und Theaterbesuche fort. Wir bitten um baldige Anmeldung.

6. März: Krimilesung mit Isabella Bach: „VINDICTA - Strafe muss sein!“ Die Berliner Autorin, die schon häufiger mit der Krimiautorinnenvereinigung „Mörderische Schwestern“ zu Gast war, stellt am 6. März in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus ihren neuesten Kriminalroman vor. Es ist ein gesellschaftskritischer Roman über Liebe und Hass, Hingabe und Kontrolle, über Vergebung und die Macht der katholischen Kirche. Angesiedelt ist er in der Parallelwelt der SM-Szene, die seit dem Bestseller „50 Shades of Grey“ reichlich Beachtung erfährt.

➔ Lesung: 6. März, 19.30 Uhr, Eintritt frei, Spenden erwünscht, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. **Anmeldung: www.spd-berlin.de/lesung-vindicta**

Freitag, 13. März: Theater an der Parkaue mit Kafkas „Die Verwandlung“. Die Inszenierung treibt Kafkas groteskes Spiel um das bürgerliche Lebensmodell auf die Spitze. Eines Morgens passiert etwas Ungeöhnliches: Gregor Samsa verschläft! Als er an sich herunterblickt, sieht er sich in ein riesiges Ungeziefer verwandelt. So kann er auf keinen Fall ins Büro! Die Familie zieht sich angewidert von ihm zurück, als er beginnt, sich in seiner neuen Haut wohlzufühlen. Was passiert mit ihnen, jetzt, wo der Alleinverdiener nicht mehr aus dem Haus geht? Eine Lösung muss her, eine schnelle, saubere, radikale: Gregor Samsa muss endgültig weg!

Das Kulturforum und die Berliner Stimme haben für die Vorstellung am 13. März 25 Karten zum ermäßigten Preis von 8 Euro



Denis Pöpping in „Die Verwandlung“. Foto: Christian Brachwitz / Theater an der Parkaue

reserviert. Das vom Intendanten Kay Wuschek und seinem Stellvertreter Jürgen Lautenschläger geleitete Theater an der Parkaue bietet unserer Gruppe ab 17 Uhr einen Blick hinter die Bühne. Während und nach der Führung kann über die Arbeit des Theater und das Stück gesprochen werden. Die Vorstellung beginnt um 18 Uhr.

➔ Freitag, 13. März, 17 Uhr, Theater an der Parkaue / Junges Staatstheater Berlin, Parkaue 29, 10367 Berlin (nahe U + S Frankfurter Allee). 17 Uhr Führung, 18 Uhr Vorstellungsbeginn. Wir bitten um verbindliche Reservierungen bis 27. Februar 2015 unter www.spd-berlin.de/theater-parkaue. Die Bezahlung der Karten zum Preis von 8 Euro erfolgt am Abend der Aufführung an der Abendkasse.

Donnerstag, 9. April: Berliner Singakademie mit „Medea“. Die Berliner Singakademie lädt zu einem literarischen Konzertabend, in dessen Mittelpunkt der alte Mythos der Medea-Figur steht. Im größten Teil der Literatur gilt sie als Kindsmörderin, die ihre beiden Söhne getötet hat.

Christa Wolf hat in ihrem Roman „Medea

- Stimmen“ eine ältere Spur des Mythos aufgegriffen. Bei ihr kommt Medea aus Kolchis nach Korinth und entdeckt dort, dass die Stadt durch ein Menschenopfer schwere Schuld auf sich geladen hat. Diese Tat, die in Korinth ein Tabu ist, macht sie öffentlich und schafft sich dadurch mächtige Feinde. Sie wird verjagt und ihre Kinder werden umgebracht.

Aus diesem Roman hat der Berliner Komponist Georg Katzer nach einem Libretto, das Christa und Gerhard Wolf geschrieben haben, ein Oratorium geschaffen, das die Berliner Singakademie im Jahre 2000 in Auftrag gegeben und 2002 uraufgeführt hat. Aus Anlass des 80. Geburtstages von Georg Katzer wird dieses Werk am 9. April 2015 erneut aufgeführt.

Eingeleitet wird der Abend mit einer kurzen Einführung durch Niko Sander, einer Lesung von Corinna Harfouch aus dem „Medea“-Roman, verbunden mit einer Malerei-Performance von dem Maler Helge Leiber. Danach folgt ein Symposium mit Georg Katzer, dem Musikwissenschaftler Frank Schneider, dem Musikkritiker vom rbb-kulturradio Andreas Göbel, moderiert vom Programmdirektor des Konzerthauses, Ulf Werner. Anschließend wird das Werk „Medea in Korinth - oratorische Szenen“ aufgeführt.

➔ Donnerstag 9. April 2015, 17.00 Uhr Lesung, 18.00 Uhr Symposium, 20.00 Uhr Konzert der Berliner Singakademie unter Leitung von Achim Zimmermann im Großen Saal des Konzerthauses. Kartenpreise für den gesamten Abend: 28.- / 24.- / 20.- / 16.- / 12.-. Reservierungen bitte bis 13. März 2015 mit Angabe der Preiskategorie an berliner.stimme@spd.de oder im Internet www.spd-berlin.de/karten-singakademie. Wir teilen Ihnen dann die Kontonummer mit, nach Bezahlung werden die Karten durch die Singakademie zugesandt.